

Deutscher Bundestag
19. Wahlperiode
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschussdrucksache 19(9)1071
4. Mai 2021

**Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung „Zurück
zu alter Stärke – Die Zukunft der deutschen
Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021**

Drucksache 19/28767

Prof. Dr. Max Otte

Gustav-Heinemann-Ufer 68
50968 Köln
Tel.: 0221-998019-0
E-Mail: max@otte.org

Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung „Zurück zu alter Stärke – Die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021

Inhalt

0	Einleitung.....	3
1	Situationsanalyse.....	4
1.1	De-Globalisierung und Transformation des Weltwirtschaftssystems.....	4
1.2	Einseitige Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft	7
1.3	Vergangenheitsorientierung der deutschen Wirtschaft, schlechte Investitionsbedingungen und marode Infrastruktur.....	9
1.4	Kontraproduktive Marktordnung, Staatseingriffe, Gesetze und Verordnungen	10
1.5	Schlussfolgerungen.....	12
1.5.1	Das Weltwirtschaftssystem ist in eine neue Phase eingetreten.	12
1.5.2	Die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist nicht zielführend.	12
1.5.3	Eine bessere Definition der deutschen und europäischen außenwirtschaftspolitischen Interessen ist notwendig.	12
1.5.4	Neben der Exportförderung ist auch die Erhöhung von Infrastruktur- und Zukunftsinvestitionen sinnvoll	12
1.5.5	Abbau von Bürokratie und Steuerreformen.....	13
2	Bewertung der Teilanträge.....	14
2.1	(II.1. und II.3.) Exportförderung stärken und Handelspolitik stärker in der Exekutive verankern	14
2.2	(II.2.) Freihandel stärken	14
2.3	(II.4.) Möglichkeiten für Investitionen aus dem Ausland nicht weiter beschränken	14
2.4	(II.6.) Unternehmen von Bürokratie befreien	15
3	Literatur	16

0 Einleitung

Mit ihrem Antrag „Zurück zu alter Stärke, die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“, greift die FDP-Bundestagsfraktion wichtige Fragen auf. Zurecht wird festgestellt, dass Deutschland mit geschätzten 3,1 Prozent Wachstum im Jahr 2021 schlechter aus der Krise kommt als die USA, China oder die Weltwirtschaft insgesamt und zusammen mit Europa zurückfällt. Von früheren Krisen erholte sich Deutschland oftmals wesentlich besser und auch besser als etliche andere Länder der EU. Das Zusammenwachsen Europas auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner in Bezug auf ökonomische Leistungsfähigkeit und Exportstärke, mag zwar derzeit praktizierte Politik sein, kann aber auf Dauer weder zielführend für Deutschland noch für Europa sein.

Der Antrag weist damit auf ein wichtiges Symptom wirtschaftlichen Niedergangs: die schleichende Erholung nach einem einmaligen oder zyklischen Schock für die Wirtschaft zeigt, dass die deutsche Exportwirtschaft und die Wirtschaft insgesamt massive strukturelle Schwächen aufweisen, die in normalen Zeiten vielleicht nicht so auffallen.

Als Ursachen für die Schwäche der deutschen Exportwirtschaft werden in dem Antrag direkt oder indirekt (impliziert durch die empfohlenen Maßnahmen) genannt:

1. Einschränkungen des Freihandels
2. Schwache Export- und Außenwirtschaftsförderung durch die Exekutive
3. Ausweitung des Einflusses der Staaten auf die Wirtschaft,
4. insbesondere die „grüne Transformation“ („green new deal“)
5. hohe Belastungen durch eine ausufernde Bürokratie
6. hohe und unsystematische Belastung durch Steuern

Neben vielen aus Sicht des Gutachters richtigen und zielführenden Teilanträgen gehen etliche fehl, weil sie auf einem teilweise überholten ökonomischen Paradigma beruhen, nämlich, dass

1. dass das Weltwirtschaftssystem 2021 nach ähnlichen Regeln funktioniert wie 1981,
2. dass Freihandel und damit einhergehend die unbedingte Exportorientierung einer Wirtschaft (fast) immer und überall positiv zu bewerten ist
3. dass staatliche Einmischung (fast) immer und überall nachteilig ist.

Deswegen werden in diesem Kurzgutachten zunächst die Veränderungen in der Weltwirtschaft sowie die Einflussnahme der Staaten analysiert und bewertet. Darauf folgt eine kurze und knappe Stellungnahme zu den Teilanträgen.

1 Situationsanalyse

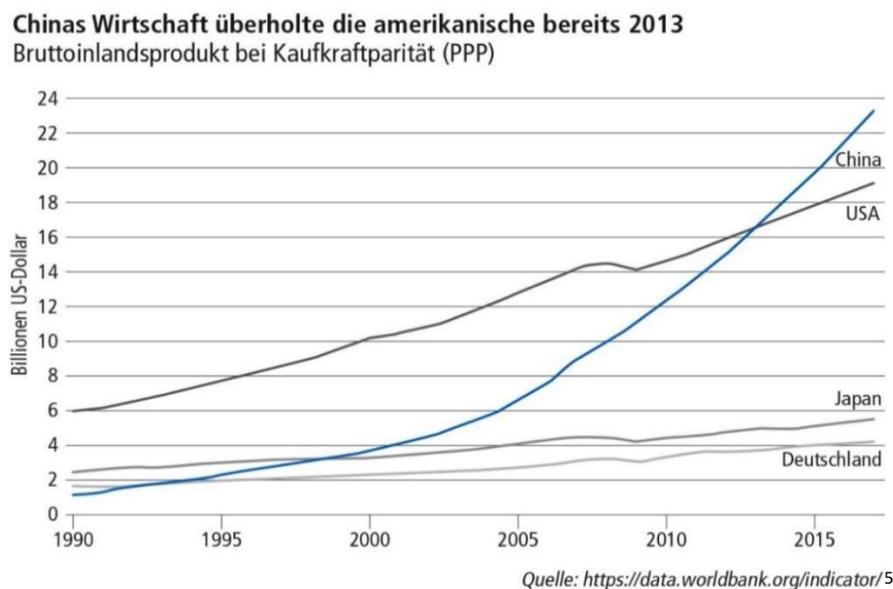
1.1 De-Globalisierung und Transformation des Weltwirtschaftssystems

Laut Bertelsmann-Stiftung hat Corona im Wesentlichen zwei Folgen: 1. die **Einschränkung der Globalisierung** und 2. die **beschleunigte Digitalisierung**.¹ Zieht man als weitere Quelle die Rockefeller-Stiftung hinzu, dann wäre Folge 3. die **Ausweitung des Überwachungsstaates** und **zunehmend autoritärere Regierungsformen** auch in den westlichen Industrienationen.²

Vielen galt und gilt die Globalisierung als ein unumkehrbares Dogma. Aber tatsächlich verläuft die Globalisierung in Zyklen. Bereits in Der Crash kommt ich 2006 auf der ersten Seite des Haupttextes ein ein „Platzen der Globalisierungsblase“ voraus:

*Die Globalisierung selbst hat eine große Blase erzeugt, die über kurz oder lang entweder schnell platzen oder langsam in sich zusammensinken muss.*³

Ursache ist der relative Aufstieg Chinas und der relative Abstieg der USA. Das „Zentrum der der Weltwirtschaft wandert“.⁴ Gemessen an der Kaufkraftparität überholte China die Wirtschaftsleistung bereits 2013.



¹ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/krisenmanagement-im-21-jahrhundert/projektnachrichten/corona-und-die-folgen>

² <https://norberthaering.de/wp-content/uploads/2020/05/Scenarios-for-the-Future-ofTechnology-and-International-Development.pdf>

³ Otte, Max, Der Crash kommt, Berlin, Econ, 2006, S. 19.

⁴ Otte, Der Crash kommt, S. 51 ff. Weltsystemcrash, S. 75 ff.

⁵ Otte, Weltsystemcrash, S. 77.

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

Nach der in den USA in der Politikwissenschaft bekannten und geläufigen Theorie der hegemonialen Stabilität benötigt eine offene Weltwirtschaftsordnung einen „Hegemon“, eine massiv überlegene Macht, welche die Regeln festlegt und für die offene Ordnung sorgt.⁶ Im 19ten Jahrhundert war dies Großbritannien, nach 1945 waren es die USA. Von solchen Regeln profitiert sicher der Hegemon am meisten, aber auch alle anderen Länder profitieren vom „globalen öffentlichen Gut“ einer offenen Weltordnung.

Die USA reagieren mit einer immer aggressiveren Außenwirtschaftspolitik, denn das „die liberale offene Weltordnung“ ist auch eine US-zentrierte hegemoniale Weltordnung, in der die USA die Vorteile ihrer Position auszunutzen verstehen und dies immer aggressiver auch zu Lasten Europas tun, indem sie auch freundliche oder verbündete Staaten mit schmerzhaften Sanktionen belegen. Beispiele sind:

1. Die massive Kampagne gegen Nordstream II, welche im Sinne der Diversifikation von Energiequellen und der Senkung von Energiepreisen (Deutschland hat mit die höchsten Energiepreise unter den Industrienationen, was ein klarer Standortnachteil ist) in deutschem und europäischen Interesse ist.
2. Die asymmetrischen Sanktionen gegen Russland (die EU schränkt den Handel ein, die USA belegen vor allem russische Personen mit Sanktionen), welche insbesondere Deutschland und Österreich eine hohe Last aufbürden.
3. Der Krieg gegen Deutschlands Automobilindustrie und den Diesel, der zwar überwiegend privatwirtschaftlich geführt wird, aber ebenfalls einer Kampagne gleicht und sicherlich durch die Politik in beiden Ländern – Deutschland und den USA – eher gefördert wird.

China positioniert sich zwischenzeitlich mit Initiativen einer „neuen Seidenstraße“ und einer asiatischen Entwicklungsbank, an der sich Deutschland sogar gegen den Willen der USA beteiligt.⁷

Nach der Wahl Donald Trumps wurden die Pläne für das transatlantische Freihandelsabkommen Ende 2016 zunächst einmal auf Eis gelegt, Das ist gut so, denn TTIP hätte den Anschluss Deutschlands und der EU an die USA bedeutet und die Kompetenz der europäischen Staaten massiv ausgehebelt.

Bereits nach der Finanzkrise fand in vielen Finanzmärkten eine gewisse Renationalisierung statt. Als einer der wenigen Finanzmärkte ist der deutsche Finanzmarkt weiter offen wie ein Scheunentor für ausländische Finanzprodukte. Auch der Brexit ist in die Reihe der Deglobalisierungssignale und -tendenzen einzuordnen.⁸ Der Handelskrieg, den Donald Trump mit China entfesselte sowie die COVID-19-Pandemie markieren das endgültige Ende der Globalisierungswelle, die nach 1945 anliefe.

Einer, der es verstanden hat, dass es ein „Weiter so“ nicht geben wird, ist Henrik Müller, Chefökonom des manager magazin und Professor für Wirtschaftsjournalismus an der TU Dortmund.

⁶ Gilpin, Robert: War and Change in World Politics, Cambridge, Cambridge University Press 1981.

⁷ Weltsystemcrash, S. 80 ff.

⁸ Otte, Max, Der Brexit und andere Unfälle – tiefere Ursachen und Konsequenzen für die Deutsche Wirtschaft, Ursprünglich erschienen in List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik (43:1), 2017, wieder Abgedruckt in Otte, 2018, S. 255 – 263.

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

„Die westlich dominierte Weltwirtschaftsordnung geht zu Ende — und es dürfte noch schlimmer kommen“, schreibt er im Sommer 2019. Müller sieht drei mögliche Szenarien.

1. Einerseits könnte ein neuer US-Präsident, der 2020 gewählt wird, es schaffen, den Westen noch einmal zu einen. Eine westliche Großfreihandelszone nach dem Modell des gescheiterten TTIP würde entstehen. Deren Regeln müssten China, Russland und andere akzeptieren - oder draußen bleiben. Es ist fraglich, ob Joe Biden das gelingt. Zudem würde ein neues TTIP die weitgehende Aufgabe staatlicher Kompetenzen in der Außenwirtschaftspolitik bedeuten sowie den weitgehenden ökonomischen „Anschluss“ der EU an die USA.⁹ Fälle wie Nordstream II, der Krieg gegen die deutsche Automobilindustrie
2. Es bilden sich große Handelsblöcke – die EU, USMCA (früher NAFTA), und eine von China dominierte pazifische Wirtschaftszone Transpazifische Partnerschaft–, die im Innern offen, nach außen aber relativ geschlossen sind.
3. Schließlich ist auch ein kompletter Zerfall der Weltwirtschaftsordnung nicht auszuschließen. Das Resultat wäre ein Handels- und Währungskrieg aller gegen alle. Henrik Müller sieht Szenario zwei als das wahrscheinlichste an. Krisenökonom Daniel Stelter hingegen stellt vermehrte Anzeichen für einen Währungskrieg fest.

Auch für die Weltpolitik insgesamt sehe ich unter Einbeziehung militärischer Aspekte drei Hauptszenarien: 1. ein neuer „Kalter Krieg“ zwischen einem amerikanisch dominierten und einem chinesisch geführten Block, 2. ein heißer globaler Krieg und 3. eine halbwegs stabile Großraumordnung mit mehr als zwei Blöcken.

Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, rechnet aufgrund des Virus mit einem Rückgang der Globalisierung. Die Unternehmen würden ihre Wertschöpfungsketten robuster aufstellen, und das sei gut so. Was bereits in den letzten Jahren begann, wird nun durch die Corona-Krise beschleunigt. Die amerikanische Regierung unter Präsident Donald Trump arbeitet offenbar unter Hochdruck daran, industrielle Lieferketten aus China zu entfernen.¹⁰ Selbst im offenen Deutschland will man die Außenwirtschaftsverordnung ändern, um Übernahmen bei Unternehmen der Medizintechnik und Pharmaindustrie in Zukunft zu erschweren.

Die Situation der Weltwirtschaft war bereits vor der Corona-Pandemie prekär. Die Corona-Pandemie verstärkt die Spannungen zwischen den USA und China. In den USA erklingt parteiübergreifend der Ruf, China zu „bestrafen“. Das ist hoch gefährlich, denn China ist kein kleines Land wie Syrien oder Venezuela. Der US-Insider und langjährige Dekan der Kennedy School of Government sieht eine reale Kriegsgefahr und hat diese bereits 2018 in einem Buch thematisiert.¹¹ Selbst wenn es gelingt, eine Eskalation zu vermeiden, tritt das Weltsystem in eine neue Phase ein.

⁹ Der Verfasser im magazin 3Sat Makro, April 2016: <https://www.youtube.com/watch?v=Xgk-9bJx6Ss>

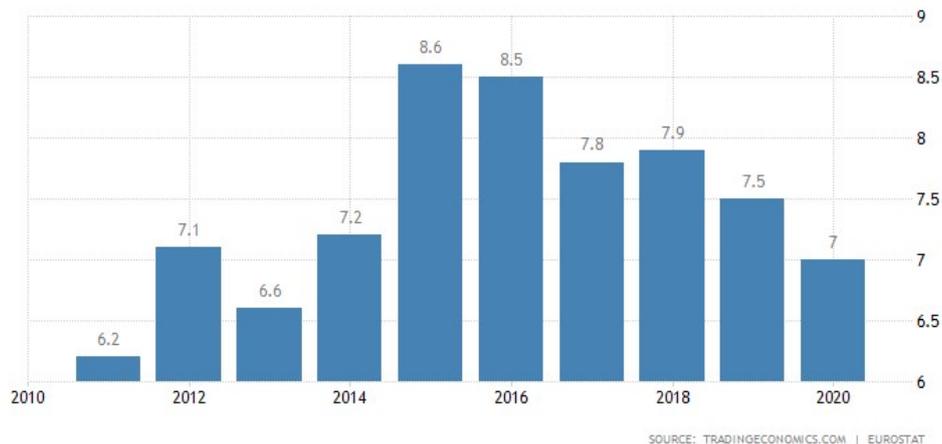
¹⁰ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-trump-regierung-will-lieferketten-aus-china-herausholen-16754747.html>

¹¹ Allison, Graham, Destined for War – Can America and China escape Thukydides' Trap, London, Scribe UK, 2018.

1.2 Einseitige Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft

Das BMWi fasste im September 2020 zusammen: „Deutschland ist mit einem „Offenheitsgrad“ (Impuls Exporte in Relation zum BIP) von rund 87,8 % weiterhin die „offenste“ Volkswirtschaft der G7-Staaten. (...) Durch die enge Einbindung in die Weltwirtschaft ist auch die Beschäftigung in Deutschland in hohem Maße auf offene Märkte und internationalen Handel angewiesen: Rund 28 % der deutschen Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Export ab, im Verarbeitenden Gewerbe sogar 56 %.“¹²

Die deutsche Wirtschaft weist seit den siebziger Jahren einen hohen strukturellen Außenbeitrag (Exporte – Importe) auf. Im Jahr 2019 betrug dieser Außenbeitrag 5,8% des BIP, der Handelsbilanzüberschuss lag bei 200,5 Mrd. €.

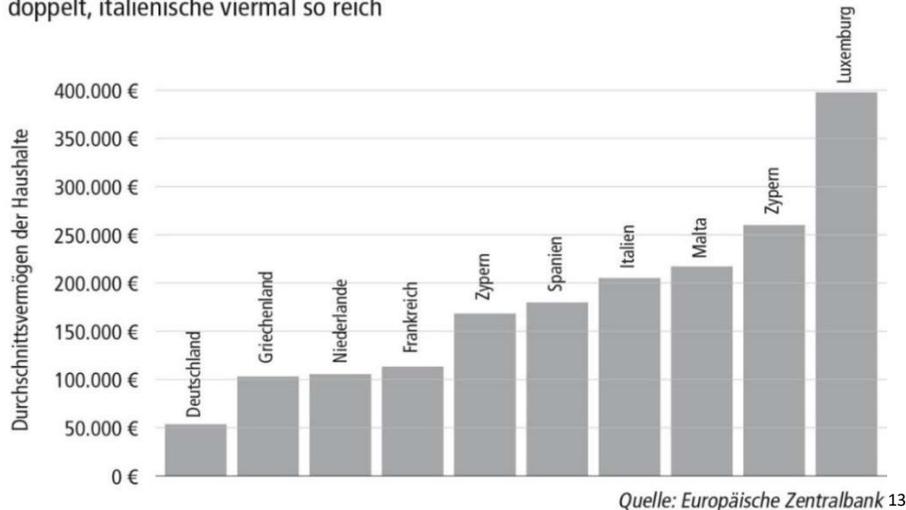


Dieser hohe Außenhandelsbilanzüberschuss führt zu hohen Guthaben gegenüber „dem Ausland“, das verwendet werden muss, um ausländische Unternehmen oder Immobilien (real Assets) oder Staatsanleihen oder in Finanzguthaben wie Target-II-Salden fließen kann. Nur wenige Länder haben einen prozentual so hohen Außenbeitrag wie Deutschland.

Dennoch bilden die Deutschen beim Haushaltsvermögen das Schlusslicht der Eurozone. Nach einer Studie der EZB aus dem Jahr 2013 waren italienische Haushalte durchschnittlich viermal so reich, selbst griechische doppelt so reich wie die Deutschen. Und das, obwohl die Deutschen im internationalen Vergleich eine hohe Sparquote haben.

¹² https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=20

Deutschland ist Schlusslicht in der Eurozone bezüglich des Durchschnittsvermögens der Haushalte: selbst griechische Haushalte sind im Durchschnitt doppelt, italienische viermal so reich



Dieses kontraintuitive Ergebnis lässt sich im Wesentlichen mit zwei Faktoren erklären.

1. Die Deutschen legen ihr Geld schlecht an, nämlich überwiegen in Konto- und Sparguthaben sowie in Lebens- und Altersversicherung. Aktien- und Immobilienbesitz sind im internationalen Vergleich niedrig.
2. Deutschland insgesamt legt sein Auslandsvermögen schlecht an, nämlich zu einem großen Teil ebenfalls in Geldforderungen, die keine oder kaum Zinsen einbringen und zudem von der Inflation in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Target-II-Salden, aber Alleine in der Zeit seit der Finanzkrise hätte Deutschland zwischen zwei und drei Billionen Euro zusätzliches Auslandsvermögen aufbauen können, wenn wir unser Geld ähnlich gut angelegt hätten wie Kanada oder Norwegen. Pro Kopf wären das zwischen 28.000 und 37.500 Euro.¹⁴

Der unabhängige Ökonom Daniel Stelter, vormals Senior Partner der Boston Consulting Group nennt dieses Phänomen „Sparen, ohne anzukommen“.¹⁵ Der für Deutschland zu niedrige Euro hat neben der Tatsache, dass die Deutschen verarmen, drei weitere negative strukturelle Auswirkungen:

1. Andere Länder, bzw. die Unternehmen anderer Länder, kaufen hingegen massiv deutsche Unternehmen und Aktien. Selbst die USA, die ein großer Nettoauslandsschuldner sind, nutzen die niedrigen Zinsen, um deutsche Unternehmen zu kaufen, von dem Ertrag deutscher Unternehmen zu profitieren und hier mitzureden. Ein Beispiel ist die gigantische Vermögensverwaltungsgesellschaft Blackrock mit einem verwalteten Vermögen von über 5

¹³ Otte, Weltsystemcrash, S. 341.

¹⁴ Stelter, Coronomics, S. 182 – 183.

¹⁵ Stelter, Daniel, Das Märchen vom reichen Land – wie die Politik uns ruiniert, München, FBV, 2018.

Billionen US-Dollar, die bei fast allen deutschen Unternehmen größter Anteilseigner ist. Damit werden sowohl deutscher Mittelstand als auch die verbliebene Großindustrie zunehmen von ausländischen Kapitalgebern dominiert. Bei den hohen strukturellen Exportüberschüssen müsste es eigentlich anders herum sein: immer mehr Anteile ausländischer Unternehmen sollten in der Hand von deutschen Investoren sein. Auch dieses paradoxe Resultat ist das Ergebnis falscher Investitionsbedingungen für deutsches Kapital in Deutschland.

2. Der Anpassungsdruck für deutsche Unternehmen, ihrer Produktivität zu steigern und angemessene Löhne und Gehälter zu zahlen, ist gering. Stattdessen haben wir in Deutschland einen massiven Anstieg der Beschäftigung im Niedriglohnssektor. Das ist ein Pyrrhussieg. Das es auch anders geht, zeigt die Schweiz.
3. Die deutsche Wirtschaft hat eine zu hohe Exportlastigkeit und wird damit besonders krisenanfällig, während im Lande die Infrastruktur verfällt.

1.3 Vergangenheitsorientierung der deutschen Wirtschaft, schlechte Investitionsbedingungen und marode Infrastruktur

Die Stärke der deutschen Exportwirtschaft und damit auch der deutschen Wirtschaft beruht oftmals noch auf Sektoren, in denen Deutschland bereits während des Aufschwungs der deutschen Wirtschaft zu Zeiten des Kaiserreichs führend war. Bereits 1990 stellte Michael Porter dies in „Nationale Wettbewerbsvorteile: Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt“ fest.¹⁶ Deutschland sei stark im Mid-Tech-Bereich (Maschinenbau, Spezialchemie, Optik) aber schwach bei High Tech (Informationstechnologie) und Low Tech (Agrar und Rohstoffe).

So machten 2019 Kraftwagen und -Teile 16,8% der Exporte aus, Maschinen 14,7%, chemische Erzeugnisse 8,9% sowie DV-Geräte/elektr. und opt. Erzeugnisse (eine Gruppe!) 8,9%.¹⁷ Insbesondere bei Informationstechnologie, Software und webbasierten Dienstleistungen hat Deutschland lange den Anschluss verloren, daneben zunehmend in der Luft- und Raumfahrtindustrie und in der zivilen Nutzung der Kernenergie. In der Pharmaindustrie und Biotechnologie verliert Deutschland bis auf wenige Ausnahmen den Anschluss. Es fehlen der deutschen Industrie damit die Zukunftssektoren mit hoher Wertschöpfung.

Arbeits- und totale Faktorproduktivität gehen in Deutschland und anderen Industrienationen langfristig zurück. Europa, Deutschland und die anderen westlichen Industrienationen müssen unbedingt wieder ein angemessenes Produktivitätswachstum erreichen, um zum Beispiel das

¹⁶ Michael E. Porter, Nationale Wettbewerbsvorteile: Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt, Ueberreuter, 1990.

¹⁷ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=20, S. 2.

demographische Problem bei der Alterssicherung zu lösen. Nur, wenn die Arbeitsproduktivität steigt, können weniger Erwerbstätige mehr Rentner versorgen.

- Die hohe Staatsverschuldung floss überwiegend in unproduktiven Konsum wie Renten oder Ausgaben für Migration; notwendige Infrastrukturausgaben bei Verkehr, Datennetzen, Wissenschaft, Forschung, Bildung und öffentlicher Sicherheit wurden vernachlässigt, ganz besonders in Deutschland.¹⁸ Aktuelle Studien zeigen, dass der deutsche Staat in den kommenden zehn Jahren mindestens 450 Milliarden Euro investieren müsste, nur um Versäumnisse aufzuholen:
 - 161 Milliarden auf kommunaler Ebene
 - 110 Milliarden auf nationaler Ebene für Bahn, Breitbandausbau und Autobahnen
 - 109 Milliarden für Bildung
 - Noch nicht hinzugerechnet Klimaschutz und sozialer Wohnungsbau¹⁹
- Auch die Unternehmen tätigten deutlich zu wenig Investition in Kapitalgüter, Forschung und Innovation. Auch hier ist Deutschland leider Trendsetter, so dass Industrie abwandert: alleine seit 2016 sank der Anteil der Industrie von 23 auf heute 21,5 Prozent.
- Daniel Stelter: „Wir wissen (...), dass diese Strategie (zu) geringer (staatlicher, Anm. d. Verf.) Investitionen in mehrfacher Hinsicht falsch ist:
 - Zu geringe Investitionen verschlechtern die Standortbedingungen,
 - Weshalb sie dazu beitragen, dass die privaten Investitionen zurückgehen,
 - Was wiederum weitere private Investitionen unattraktiv macht
 - Was die Produktivitätszuwächse, die dringend benötigt werden, verhindert.“²⁰
 - Stelter schlägt daher als Ziel für gesamtwirtschaftliche Investitionen 25% des BIP in Deutschland vor, und für staatliche Investitionen 3,5%. Das wäre dann das Niveau Frankreichs, aber immer noch deutlich unter dem Niveau Japans. Allerdings auch eine Steigerung um 46% im Vergleich zum jetzigen Niveau.²¹

1.4 Kontraproduktive Marktordnung, Staatseingriffe, Gesetze und Verordnungen

Komplexe Regelwerke im Finanzsektor belasten Mittelstand und die Mittelschicht. Die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Sparkassen müssen kostspielige und unsinnige Auflagen erfüllen, die großen und spekulativ orientierten Finanzmarktakteure weitermachen dürfen. Automobilbranche

¹⁸ Stelter, Coronomics, S. 146ff., Das Märchen vom reichen Land, S. 183ff., Otte, Weltsystemcrash, S. 184ff.

¹⁹ Stelter, Coronomics, S. 76.

²⁰ Stelter, Coronomics, S. 169

²¹ Stelter, Coronomics, S. 167

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

(Diesel), der Einzelhandel (Bonpflicht) und viele andere Branchen werden durch immer planwirtschaftlichere Vorgaben stranguliert.

Auch der Green New Deal führt weiter in Richtung ökosozialistische Planwirtschaft, bewirkt eine weitere Belastung der meisten Sektoren der deutschen Wirtschaft (Energiepreise, Auflagen) und ist nicht geeignet, Zukunftsindustrien aufzubauen. Das Scheitern der einige Jahre lang gehypten deutschen Solarindustrie führt dies deutlich vor Augen.

Der Trend zu immer detaillierteren und zentralistischen Verordnungen startete im großen Stil mit dem Delors-Plan von 1988/89 (benannt nach dem damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors), der die Europäische Union über die Harmonisierung „von unten“ erreichen wollte. Was damals zunächst einmal durchaus interessant klang, hat sich als Irrweg herausgestellt.

Ein weiteres Problem ist die **fehlende Verhältnismäßigkeit** der meisten Regelwerke. Wo bei Kernkraftwerken, Großraumflugzeugen und komplexen Finanzprodukten sicherlich umfassende und strenge Regeln notwendig sind, können die Regelwerke bei mittelständischen Unternehmen, Soloselbständigen und regionalen Banken deutlich weniger umfassend und streng sein.

Oftmals ist es den Lobbys gelungen, den Sinn der Regelwerke geradezu umzudrehen: so führen extrem detaillierte Aufklärungs- und Dokumentationspflichten im Bankwesen dazu, dass immer weniger Beratung bei Aktientransaktionen für Privatkunden stattfinden kann und die Kunden in komplexe Produkte getrieben werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Datenschutzgrundverordnung, die kleine und mittlere Unternehmen massiv belastet, während das Datensammeln durch die großen oftmals nichteuropäischen Internetkonzerne nahezu ungebremst fortschreitet.

Indem für alle Akteure dieselben strengen Regeln gelten, werden alle mit denselben Fixkosten der Regulierung belegt. Die Fixkosten sind von größeren Unternehmen leichter zu schultern, was die Regulierung zu einem Instrument der aktiven Antimittelstandspolitik macht.

Ein weiteres sehr effektives Produktivitätshemmnis für die deutsche Wirtschaft wird gerne totgeschwiegen: die Praxis der Rechtsumsetzung ist in Deutschland eine andere (wesentlich strengere) als in etlichen Ländern Südeuropas, Frankreich oder sogar in vielen Bereichen in den USA. Auch dies ist ein wesentlicher Kostenfaktor und Wettbewerbsnachteil zum Beispiel bei Themen wie der DSGVO.

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

1.5 Schlussfolgerungen

1.5.1 Das Weltwirtschaftssystem ist in eine neue Phase eingetreten.

Die großen Player – auch die USA – immer aggressiver eigene außenwirtschaftspolitische Interessen verfolgen. Unter diesen Voraussetzungen ist das Szenario II von Prof. Henrik Müller – eine gewisse Re-Regionalisierung – das Zielszenario. Es erlaubt es Europa und Deutschland, eigene außenwirtschaftspolitische Interessen wahrzunehmen, europäische Eigenheiten zu bewahren und das Zusammenwachsen Europas zu fördern.

1.5.2 Die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist nicht zielführend.

Es zeugt es von Selbstüberschätzung, wenn Deutschland als mittelgroße Industrienation es zur Basis der eigenen Außenwirtschaftspolitik macht, Freihandel um jeden Preis zu betreiben. Die deutsche Politik tut gut daran, bei grundsätzlicher Bejahung des Freihandels eine differenzierte Handels- und Außenwirtschaftspolitik als Land oder im Verbund mit den EU-Partnern im deutschen und europäischen Rahmen zu betreiben.

1.5.3 Eine bessere Definition der deutschen und europäischen außenwirtschaftspolitischen Interessen ist notwendig.

Es ist wichtig, anzuerkennen, dass alle Großmächte eigene Interessen verfolgen. Das gilt auch für die Außenwirtschaftspolitik der USA, die sich ebenfalls nachteilig bis sehr schädlich auf Deutschland und Europa auswirken kann. Außenwirtschaftspolitische Interessen müssen auf deutscher und europäischer Ebene besser definiert werden.

1.5.4 Neben der Exportförderung ist auch die Erhöhung von Infrastruktur- und Zukunftsinvestitionen sinnvoll

Angesichts Deutschlands struktureller Exportlastigkeit ist es sinnvoll, Zukunftsprojekte zu investieren und die Binnenwirtschaft zu stärken. Das schließt intelligentes Sparen bei Staatsausgaben an vielen Stellen nicht aus. Die privaten und öffentlichen Investitionen machen in Deutschland 21,8% des BIP aus, was zwar deutlich über den USA (21,1%) und dem UK (16,4%) liegt, aber gleichzeitig deutlich hinter Frankreich (23,3%), Japan (24,6%) und Österreich (25,7%). Spitzenreiter sind Korea (31,4%) und das rohstoffreiche Norwegen (28,2%). Der japanische Staat investiert mit 3,8% des BIP fast im Vergleich zu Deutschland mit 2,4% immerhin 60% mehr.

Deutschland ist immer noch eines der reichsten Länder der Welt. Durch sinnvolle staatliche Investitionen statt sinnlosem Konsum sowie Förderung von Privatinitiative und Unternehmertum muss Deutschland auf den Pfad des Produktivitätswachstums zurückkehren um damit seine Leistungsfähigkeit, die einzigartige Sozialpartnerschaft und den sozialen Konsens zurückzugewinnen, die unser Land so erfolgreich gemacht haben.

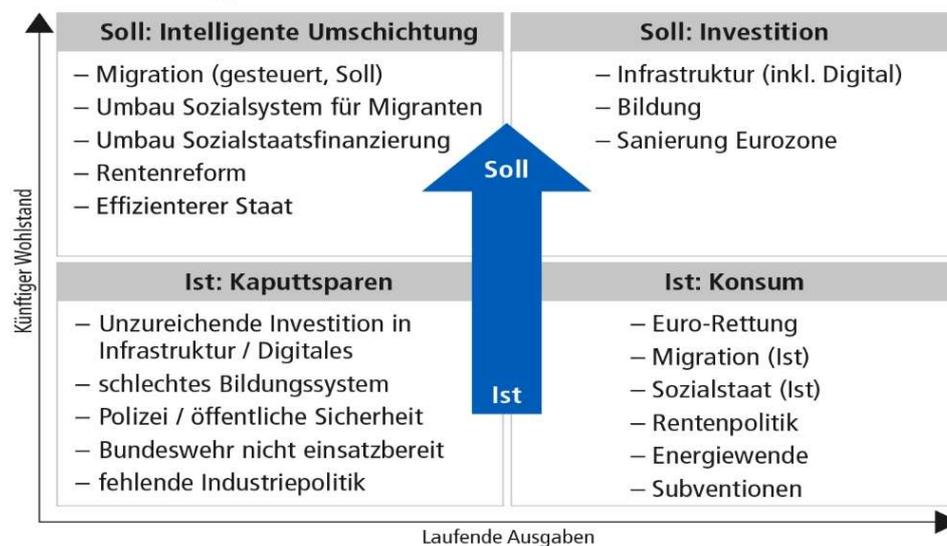
In diesem Zusammenhang sind auch staatliche Infrastrukturinvestitionen wichtig, die die Produktivität unseres Landes steigern. Hierzu gehören auch besser bezahlte Lehrer und eine besser bezahlte Polizei. Dies sind zwar laufenden Ausgaben, aber mit der Investition in Bildung und

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

öffentliche Sicherheit sichern unsere Zukunftsfähigkeit. Das wäre zu vergleichen mit Forschungsausgaben bei Pharma- und IT-Konzernen, die auch keine direkten Infrastrukturinvestitionen sind.

In Das Märchen vom Reichen Land zeigt Daniel Stelter, dass wir nicht nur unsere staatlichen Investitionen erhöhen sollten, sondern durch aus an vielen Stellen auch sparen können, also vom vermögensvernichtenden Konsum, z.B. bei der sogenannten Eurorettung und der Migration in sinnvolle Ausgaben umschichten können.

Deutschland spart sich kaputt und konsumiert, statt für zukünftigen Wohlstand zu sorgen



Quelle: Daniel Stelter 22

1.5.5 Abbau von Bürokratie und Steuerreformen

Obwohl staatliche Investitionen notwendig sind, gibt es auch Einsparungspotential. So sind die Verwaltungsausgaben für den Sozialstaat seit 1970 um 40 Prozent schneller als das BIP gestiegen. Wir beschäftigen immer mehr Menschen, um die Umverteilung zu organisieren. Unter anderem liegt es daran, dass die Gesetze und Verordnungen so komplex geworden sind. Dasselbe gilt für den Gesundheitssektor.²³

Flankierende Maßnahmen wären deswegen hilfreich:

- Abbau von Bürokratie und Verordnungen nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Umsetzung von Verordnungen nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Reform des Steuersystems und der Konzernbesteuerung

²² Stelter, Das Märchen vom reichen Land, S. 199.

²³ Stelter, Coronomics, S. 177 – 178.

2 Bewertung der Teilanträge

2.1 (II.1. und II.3.) Exportförderung stärken und Handelspolitik stärker in der Exekutive verankern

Außenwirtschaftspolitik ist in der Bundesrepublik Deutschland traditionell in Abteilung V des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie verankert. Auch die Handelskammern (z.B. German-American-Chamber of Commerce) spielen eine wichtige Rolle. Außenwirtschafts- und Außenhandelspolitik spielen aber im Vergleich zu den USA, Frankreich oder selbst Großbritannien eine untergeordnete Rolle. Insbesondere deutsche Großunternehmen werden international politisch oft alleingelassen. Daher ist es richtig

- Die Außenhandelspolitik aufzuwerten
- Und die Möglichkeiten der Exportfinanzierung und Förderung für kleine und mittelständische Unternehmen zu stärken bzw. die
- Außenwirtschaftsbürokratie abzubauen.

Insgesamt sind die Anträge unter II.1. und II.3. sinnvoll. Lediglich II.3.b., die Umbenennung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in „Bundesministerium für Wirtschaft, Freihandel und Energie“ scheint angesichts des veränderten weltwirtschaftlichen Umfelds nicht sinnvoll.

2.2 (II.2.) Freihandel stärken

Eine undifferenzierte Freihandelsdoktrin II.2. ist im neuen weltwirtschaftlichen Umfeld nicht zielführend. Insbesondere II.2. a. und b. sind nicht zielführend, das CETA eine weitere Schwächung europäischer und deutscher Kompetenzen und eine größere Abhängigkeit von Nordamerika mit sich bringen würden. US-Interessen und deutsche bzw. europäische Interessen und Vorgehensweisen divergieren jedoch häufiger.

Daher ist, wie oben erwähnt, eine Definition der handels- und außenwirtschaftspolitischen Interessen auf deutscher und europäischer Ebene Voraussetzung für eine zielorientierte Handelspolitik.

Die Teilanträge II.2. d. – f. sind zu begrüßen.

2.3 (II.4.) Möglichkeiten für Investitionen aus dem Ausland nicht weiter beschränken

Für die Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen gilt ähnliches wie für II.5.: eine undifferenzierte Öffnung aller deutschen Binnenmärkte ist im aktuellen weltwirtschaftlichen Umfeld nicht zielführend.

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

Eine Definition sensibler Sektoren erscheint sinnvoll. Zuviel Wertschöpfung in der deutschen Industrie und im Dienstleistungsgewerbe wird durch ausländische Kapitaleigner dominiert. Dies ist eigentlich ein Paradox (oben erklärt) da Deutschland ein Kapitalüberschussland ist.

Die Liste sensibler Sektoren ist zu begrüßen.

II.4.d., ein weiteres Vorantreiben der Privatisierung, ist abzulehnen. Der Staat hat eine Rolle bei der Bereitstellung öffentlicher Güter. Privatunternehmen sind nicht per se effizienter als staatliche Unternehmen. Die Deutsche Bahn wurde in der alten Bundesrepublik von einem Abteilungsleiter des Bundeswirtschaftsministeriums geleitet. Man mag über den Service getrennter Meinung sein, aber die Bahn funktionierte. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit – wichtige Faktoren für ein Logistikunternehmen – waren gegeben.

Heute sind sie nicht mehr selbstverständlich. Dafür hat die Bahn einen siebenköpfigen Vorstand. Der Vorsitzende erhielt 2019 ein fixes Jahresgehalt von 900.000 €, zwei Vorstände je 650.000 €, zwei je 400.000. Variable Vergütungen können diese Beträge noch einmal verdoppeln.²⁴

Die USA haben ein privatisiertes Gesundheitssystem, das zugleich eines der teuersten und ineffizientesten der Industrienationen ist.

2.4 (II.6.) Unternehmen von Bürokratie befreien

II.6.a., das Moratorium für weitere Informationspflichten für Unternehmen ist zu begrüßen, ebenso die Überprüfung von Belastungen der Unternehmen (z.B. besondere Registrierkassen) durch einen Kabinettausschluss.

Auch 6. und c. sind zu begrüßen.

Wichtig wäre in diesem Zusammenhang die Umsetzung des Verhältnismäßigkeitsprinzips,

²⁴

<https://www.deutschebahn.com/resource/blob/5029910/5bdee6f2cac4fc869ad491d141539be9/Integrierter-Bericht-2019-data.pdf>

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Zurück zu alter Stärke – die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“ am 5. Mai 2021 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

3 Literatur

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Fakten zum deutschen Außenhandel, Berlin, September 2020, online abrufbar unter:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=20

Mazzucato, Mariana, Das Kapital des Staates – eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München, Kunstmann, 2014.

Otte, Max, Der Crash kommt – die neue Weltwirtschaftskrise und was Sie jetzt tun können, Berlin, Econ, 2006.

Otte, Max, Investieren statt sparen – Anlegen in Zeiten von Niedrigzinsen, Bargeldverbot und Brexit, Berlin, Econ, 2016.

Otte, Max, Rettet unser Bargeld, Berlin, Ullstein, 2016.

Otte, Max, Weltsystemcrash – Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung, München, FBV, 2019.

Otte, Max, Die Finanzmärkte und die ökonomische Selbstbehauptung Europas – Gedanken zu Finanzkrisen, Marktwirtschaft und Unternehmertum, Wiesbaden, SpringerGabler, 2018.

Porter, Michael E., Nationale Wettbewerbsvorteile: Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt, München, Ueberreuter, 1990.

Stelter, Daniel, Das Märchen vom reichen Land – wie die Politik uns ruiniert, München, FBV, 2018.

Stelter, Daniel, Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise, Frankfurt, Campus, 2020.

Stöferle, Ronald, et. al., Die Nullzinsfalle – Wie die Wirtschaft zombifiziert und die Gesellschaft gespalten wird, München, FBV, 2019.